

KOOPERATION STATT KONKURRENZ – 10 SCHRITTE AUS DER KRISE

Christian Felber

TEIL I – DIE URSACHEN DER KRISE

Hauptursache für die Finanzkrise, ist die jahrzehntelange Politik der Liberalisierung und Deregulierung der Märkte auf Druck der Geldindustrie, meint der, noch vor drei Jahren hochmütig belächelte, Autor Christian Felber.

Die Krise war vorhersehbar und hätte verhindert werden können. Oberflächlich betrachtet ist die falsche „technische“ Regulierung des Finanzmarktes für die Krise verantwortlich. Kratzt man aber an der Kruste, so wird erkennbar, die drei wichtigsten Ursachen für den Crash sind:

- zu viel Geld
- jahrzehntelange Politik der Liberalisierung und Deregulierung und
- die Umpolung der Finanzmärkte von Gemeinwohlorientierung auf Gewinnerorientierung

1. Zu viel Geld

Solange die Wirtschaft wächst und die Menschen nicht ihr gesamtes Einkommen ausgeben, sondern einen Teil sparen, wächst das Geldvermögen. Summiert sich dieses Finanzvermögen überproportional im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung (zB.: 2007 Welt-BIP: 55 Billionen; Finanzvermögen 196 Billionen US-Dollar.¹) Bilden sich Blasen, die schlussendlich platzen.

Dieser Trend – mehr Geldvermögen als BIP – wird durch drei weitere Entwicklungen massiv verstärkt:

- **Die Verteilung wird immer ungerechter**

Das Vermögen konzentriert sich in den obersten Schichten der Bevölkerung, aufgrund der erhöhten Sparleistung sind diese in der Lage ihr Vermögen auf die Finanzmärkte zu schicken, wo es den Renditedruck erhöht, Ungleichheiten vergrößert und Blasen bildet.

- **Die Privatisierung der Rentenvorsorge lenkt Geld zusätzlich auf die Finanzmärkte**

Anstatt das Geld direkt von einer Generation an die andere zu leiten, um deren Rente und Kaufkraft zu erhöhen, wird Geld in staatlich geförderte „private“ Zukunftsvorsorgen gepumpt und somit auf Finanzmärkte abgezweigt, wo es sich schamlos weiter vermehrt.

- **Banken multiplizieren und zirkulieren Vermögen noch weiter -> sie schöpfen ungeniert (ungedektes) Geld** – den Stoff aus dem eine Blase entsteht und weiter anwächst. Ein Systemversagen machte sich breit, was zu folgendem Paradoxon führte: Trotz steigendem Angebot von Investitionskapital und potenziell sinkender Nachfrage fällt die Finanzrendite nicht. Der erste Grundsatz der Marktwirtschaft hält nicht mehr stand. Gründe dafür liegen in der zunehmende Gewinnerorientierung der Banken und Versicherungen. Die Weltwirtschaft müsste jährlich um 10 % wachsen um die vorhandenen Vermögen mit durchschnittlich 5 % Rendite zu vermehren.

Fünf Auswege aus dem Geld-Dilemma

Wenn die Wirtschaft nicht annähernd so rasch wächst, wie es für die Befriedigung der wachsenden Renditeansprüche nötig wäre, braucht man Auswege:

1. *Globalisierung*

Wenn im Inland nichts mehr geht, weicht man ins noch Profit bringende Ausland aus. Jedoch führen diese blind globalisierten und gleichzeitig deregulierten Kapitalströme zu wachsender Instabilität der globalen Wirtschaft, siehe Osteuropakrisen.

¹ Farrell, Diana, Christian S. Fölster, Susan Lund: „Long-term trends in the global capital markets“, The McKinsey quarterly, Economic Studies, Februar 2008, 3. McKinsey: Mapping Global capital markets: Fifth Annual Report, Oktober 2008.

2. *Privatisierung*

An den bis jetzt verschlossenen Grundversorgungsbereiche, soll noch mehr Rendite erwirtschaftet werden. Stabile potenzielle dauerrentable Wirtschaftsbereiche werden privatisiert. Dividendenausschüttungen an Aktionäre steigen, aber auch die Preise bei sinkender Qualität.

3. *Shareholder-Value*

Kapitalsammler kaufen Unternehmen, fordern hohe Dividendenausschüttungen die oft mit Kündigungen einhergehen, um den Gewinn weiter zu steigern, auf Kosten der Belegschaft.

4. *Finanzialisierung*

Neben der brutalen Ausübung von Macht bleibt als vorletzter Ausweg die Alchemie: aus Geld mehr Geld machen. Das ist die abgekoppelte Welt des globalen Finanzkasinos, insbesondere der Finanzderivate. Die großen Kursschwankungen der hochspekulativen Geschäfte ermöglichen Millionen- und Milliardengewinne, können aber auch ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen. Wetten das ...

5. *Aneignung von Demokratie*

Die letzte und verhängnisvollste Strategie. Die Finanzindustrie – die Geld-Lobby – hat die Politik erfolgreich dazu bewegt, jegliche hemmende Regulierungen zu schleifen und Liberalisierungen und Deregulierungen zu erlassen. Je günstiger die Politik die Rahmenbedingungen für Spekulationen, Profitstreben und maßlose Gehälter machte, desto reichlicher strömen die Gewinne der Finanzkonzerne und die Gehälter ihrer Manager und Eigentümer: Und je reicher und mächtiger die Vertreter dieser Branchen wurden, desto schamloser bedrängten sie die Politik, die Gesetze noch weiter zu ihren Gunsten zu verändern.

Die *Kernthese* diese Buches lautet: Wenn das Finanzvermögen die Realwirtschaft um ein vielfaches übersteigt und die Geldvermittlung zu einem gewinnorientierten Geschäftszweig wird, Banken, Vermögensverwalter, Versicherer und Börsen zu einer mächtigen Industrie zusammenwachsen, haben Regierungen und Demokratie keine Chance mehr. Umgekehrt wird dann die gesamte Gesellschaft von der Finanzindustrie reguliert. Es kommt zum vielbesungenen „Primat der Wirtschaft über die Politik“, die Gesellschaft befindet sich in Geiselschaft der Finanzmärkte.

2. **Dreißig Jahre Entfesselung der Märkte**

Die Finanzmärkte wurden schon einmal global reguliert. Die Siegermächte des zweiten Weltkrieges steckten die Finanzmärkte 1944 in ein enges Korsett von Regeln, um die Wiederholung der Wirtschaftskrise zu verhindern.

Bretton Woods:

- US-Dollar als Leitwährung
- an Gold gebunden
- Wechselkurse an Dollar fixiert
- Kapitalverkehrskontrollen zur Hemmung der Freiheit des Kapitals
- globale Institutionen wie Weltbank und Währungsfonds rundeten das Arrangement ab

Das System von Bretton Woods schaffte eine „Krisenverschonung“, bewährte sich drei Jahrzehnte und bildete die Grundlage für das Wirtschaftswunder in Europa.

Jedoch gab es einen Systemfehler: Der US-Dollar als Landes – und Weltleitwährung hielt seiner Doppelrolle nicht stand. Die Finanzierung des Vietnamkrieges mit frisch gedruckten Geld führte zu Inflation des US-Dollars und Aufwertung aller anderen gebunden Währungen, der Goldstandard und folglich das Fixwechselkurssystem musste aufgegeben werden. John Meynard Keynes forderte eine politische Festlegung der Wechselkurse zu einer globalen Verrechnungseinheit, aufgrund des ideologischen K.o. des Systems war jedoch der Neoliberalismus stark geworden. Durch Friedrich von Hayek und Milton Friedman wurde der „freie Markt“ in die Köpfe der Elite gepflanzt.

Lasse die Wechselkurse frei schwanken

Nach Ablehnung einer neutralen Verrechnungseinheit als Weltwährung 1973 und dem Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems, führt die Kombination von freiem Kapitalverkehr und freien Wechselkursen zu stark schwankenden Kursen, zu massiver Devisenspekulation und sogar zu (hoch profitablen jedoch) spekulativen und enorm schadhafte Attacken auf Währungen. Würden die Wechselkurse politisch festgelegt, wäre das Risiko nahezu bei null.

Liberalisiere den Kapitalverkehr

Dem Kapital war die längste Zeit der Weg über die Grenzen versperrt bzw. durfte nur befristet, in beschränkter Menge oder gegen hohe Gebühren ins Ausland. In der Zeit der sozialen Marktwirtschaft, wo Wohlstand zu- und Ungleichheiten sogar abnahmen.

Als Herzstück der neoliberalen Globalisierung gilt der freie Kapitalverkehr. Manifestiert wurde dieser am 1. Jänner 1994 im Vertrag von Maastricht mittels Verbot jeglicher Beschränkungen des Kapitalverkehrs.

Artikel 56 EG-Vertrag: „Alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern sind verboten“

- Kein Mitgliedstaat darf den Kapitalverkehr mit einer Steueroase einschränken
- kein Mitgliedsland darf Steuer- oder Kapitalflucht eindämmen
- die gesamte EU darf sich nicht einmal vor spekulativen Attacken oder vor Ansteckungen der Finanzkrise schützen.

Die Freiheit und Sicherheit der Allgemeinheit wird zugunsten der Kapitalinteressen geknebelt. In der EU hat das Kapital mehr Rechte als die Menschen.

Wer sich nicht freiwillig dem neuen Zeitgeist unterwarf, wurde genötigt. Entwicklungs- und Schwellenländer mussten auf Geheiß von Weltbank und Währungsfond oder via „bilateralem Investitionsschutzabkommen“ ihre Finanzmärkte öffnen, das für einige Volkswirtschaften fatale Folgen hatte.

Mache deine Bank wettbewerbsfähig

Das europäische Wirtschaftswunder wurde fast ausschließlich mit *nicht* gewinnorientierten Banken erreicht, die nicht primär auf Profit abzielten, sondern günstig und unbürokratisch Geld zur Verfügung stellten. Infolge der neoliberalen Wende mutierten diese zu gewinnorientierten Geschäftsbanken oder sogar „innovativen“ Investmentbanken. Die EU förderte diese Entwicklung noch und züchtete somit Finanzgiganten, die gegenüber ausländischer Konkurrenzbanken standhalten sollten. Als „too big to fail“ gelten diese Bankenoligopole, die nun schlussendlich ein gesamtes Finanzsystem in den Abgrund reißen können, deshalb werden sie nun mit Steuergeld gerettet.

Gewähre den Geschäftsbanken das Recht auf Geldschöpfung

Das einmalige Privileg der Geschäftsbanken ist, dass sie gewerbsmäßig Geld, das sie weder besitzen noch selbst ausgeliehen haben, als Kredit verborgen, der mit Zinseszins zurückgezahlt werden muss. Geschäftsbanken erzielen aus dieser Geldschöpfung Milliarden Gewinne. Bargeldreserve, Mindestreserve und Eigenkapitalanforderung spielen nur eine minimale Rolle. Der Zentralbank entgangene Gelder könnten

- Zinsen verbilligen
- dem Staat eine zusätzliche Einnahmequelle verschaffen
- Staatsschulden verringern
- Steuern senken

Überlasse den Fonds das Feld

Durch Neustrukturierung veränderte sich die Akteurslandschaft. Fonds aller Art schossen wie Pilze aus dem freien Finanzmarkt. Schlussendlich geht es nur noch um die Vermehrung des Geldes. Arbeitsplätze werden zerstört, Löhne gedrückt, die Umwelt ausgebeutet und Unternehmen liquidiert. Das Finanzvermögen dient nicht mehr, es beherrscht.

Prüfe neue Produkte nicht

Das heute vorrangige Ziel der Finanzinstitutionen ist die Renditengewinnung. Das wirkungsvollste Zaubermittel dafür ist die wundersame Geldvermehrung durch Derivate. Billiarden-Türme von börsengehandelten Finanzderivaten, mit einem Volumen von 57 Billionen US-Dollar (Welt-BIP 55 Billionen) wurden den letzten Jahren aufgezogen. Verbote des Derivaten-GAU gab es genug. Der Bankrott der Fonds drohte, das globale Finanzsystem in den Abgrund zu reißen. Nur konzertierte Rettungsaktionen (14 Banken unter Leitung der Federal Reserve) konnten den globalen Kollaps noch einmal verhindern. Derivate, die Star-Investor Warren Buffett als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet, stellen vermutlich das größte Systemrisiko der globalisierten Finanzmärkte dar. Dennoch können sie bis heute ohne jegliche Prüfung völlig frei in Umlauf gebracht werden. Versuche diese zu regulieren scheiterten an der Finanzlobby.

Kapitalmarktoffensiven!

Das Casino bedarf noch einer massiven politischen Werbekampagne: Kapitalmarktoffensive!

Das Epizentrum des Kapitalismus sind die „Kapitalmärkte“ selbst, die Börsen.

Durch die österreichische Kapitalmarktoffensive wurden

- das Börsenumsatzsteuergesetz abgeschafft
- Aktienoptionen für Spitzenmanager steuerbegünstigt und
- die Renten privatisiert

Die monetäre Migration von der Bank zur Börse führte zur steigenden Instabilität und ungerechteren Verteilung. Die Politik lässt sich weiter blind leiten und folgt der Politik des Shareholder-Value.

3. Die Entstehung der Subprime-Krise

Die Neoliberale Politik ermöglichte die Umregulierung zu hochkrisenanfälligen Finanzmärkten:

Fahrlässige Kreditvergabe: Die „freien“ Banken warfen selbst Personen, die nicht im Leisesten kreditwürdig waren, das Geld hinterher, jedoch verschwiegen die Kreditkeiler ihren Opfern das Risiko. Das Regulierungsversagen des Staates bestand nun darin, dass die Banken, bei der Kreditvergabe an Privatpersonen nicht annähernd so strenge Kriterien wie Unternehmer zu erfüllen hatten. Hätten Banken Mindeststandards bei der Kreditvergabe einhalten müssen, wären die Auswirkungen kaum so fatal, trotz niedriger Zinsen. Die staatliche Eigenheimförderung unterstützte dieses Marktversagen noch weiter.

Kredite aus der Bilanz tricksen: Je mehr Kredite eine Bank vergibt, desto mehr Gewinne kann sie machen. Um Basel II, das den Banken eine Mindestreserve von 8 % (Eigenkapitalvorschrift) vorschreibt, zu umgehen, siedelten sich Banken in ausländischen Zweckgesellschaften (Steuerparadiesen) an, um einen Teil der Kredite aus den Bilanzen zu operieren.

Kredithandel: Banken mussten hochriskante Kredite bei der Hintertür – an die globalen Investoren, die gierig nach profitablen Anlagen suchten – hinausverkaufen. Banken mutierten somit zu Risikoproduzenten. Die „Streuung von Klumpenrisiken“ wurde für alle zusammen ein globales Klumpenrisiko an dem man sich schlussendlich verschluckte.

Verpackung von Gammelfleisch (Verbriefung): Banken verkauften Kredite an Investmentbanken, die daraus, nach allen Regeln der (Verpackungs-)Kunst, dicke Bündel fauler Kredite schnürten und mit einer dünnen Folie von Qualitätskrediten überzogen und schlussendlich an die Investoren weiterverkauften. Die Finanzmarktaufsicht schaute diesem Täuschungsmanöver der Investmentbanken tatenlos zu.

Das Versagen der Rating-Agenturen: Eigentlich hätten die Rating-Agenturen derartige Risiken aufdecken müssen. Sie werden jedoch von denjenigen bezahlt, die sie eigentlich kontrollieren sollten. Schuld an diesem Marktversagen sind die verantwortlichen Aufsichtsbehörden, die die unabhängige und funktionierende Risikokontrolle verabsäumt haben.

Fahrlässige Ansteckung der EU: Die EU hat sich, durch die Zulassung des unendlich freien Marktes milliardenschweren finanziellen Giftmüll aus den USA importiert, der nun mit Steuergeldern entsorgt werden muss. Durch Differenzierung des Kapitalflusses, hätte man nur risikofreie Kredite in die EU lassen dürfen, dem jedoch der Artikel 56 des EG-Vertrages – freier Kapitalverkehr in alle Länder der Welt – entgegensteht. Die Tatsache, dass sich die EU selbst verbietet, sich vor der Finanzkrise zu schützen, scheint absurd.

4. Hätte die Krise verhindert werden können?

Die kapitalistische Marktwirtschaft führt zu dem Dilemma, dass sich gewinnorientierte Finanzmarktakteure nicht so leicht regulieren lassen, sondern umgekehrt dazu tendieren, die Aufseher zu regulieren – die Regulatoren werden reguliert. Somit sind die kapitalistische Marktwirtschaft und Demokratie unversöhnliche Gegensätze – das Kapital gewinnt.

TEIL II – DIE LÖSCHARBEITEN DER REGIERUNGEN

Im zweiten Teil des Buches werden die verschiedenen Interventionen der Regierungen als Antwort auf die Finanzkrise beleuchtet.

1. Liquiditätsspritzen der Notenbanken

Spätestens nach dem Kollaps von Lehman Brothers war das gegenseitige Misstrauen der Banken so groß, dass sie sich gegenseitig kein Geld mehr borgten. Hier waren die Liquiditätsspritzen ein gutes Mittel weitere Bankinsolvenzen abzuwehren, da diese ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten tilgen konnten.

2. Sicherung der Spareinlagen

Ein richtiger Schritt um das Vertrauen in die Banken zu stärken und einen Sturm auf die Banken zu verhindern. Hätten alle Anleger ihre Einlagen aufgelöst wäre dies der sichere Todesstoß für die gesamte Branche gewesen.

3. Bankenrettungspakete

Staatliche Hilfen für Banken sind angesichts der katastrophalen Bedrohung für die gesamte Wirtschaft beim Untergang des Bankensektors prinzipiell nicht schlecht. Attac hat jedoch fünf Bedingungen für die Vergabe solcher Hilfen formuliert.

Transparenz: Folgende Punkte sollten geklärt werden: „Warum braucht die Bank Hilfe?“, „Was sind die Alternativen zu staatlichen Hilfen?“ und „Was geschieht bei Unterlassung der Hilfe?“.

Sparkurs: Eine Beschränkung von Gehältern, Boni und Dividenden wird gefordert. Eine gleichzeitige Inanspruchnahme von staatlicher Hilfe und eine Ausschüttung von Boni und Dividenden in Milliardenhöhe sollten sich gegenseitig ausschließen.

Öffentliche Mitsprache: Der Staat sollte Auflagen an die Vergabe der Hilfen knüpfen, so dass das erhaltene Geld nicht zu weiteren Spekulationen verwendet werden kann.

Gründung einer öffentlichen Bankenholding: Unersetzliche und schwer angeschlagene Banken sollten vom Staat aufgekauft werden statt sie langfristig zu stützen.

Demokratische Bank („Good Banks“ statt „Bad Banks“): Die Gründung einer von der Regierung unabhängigen Bank wird vorgeschlagen, die volkswirtschaftliche Ziele und nicht Gewinnmaximierung verfolgt. Diese demokratische Bank sollte daher dem Gemeinwohl dienen und nicht durch waghalsige Spekulationen Krisen herbeiführen.

4. Zinssenkungen

Die Zinsen wurden weltweit gesenkt, die Wirtschaft wurde davon aber nicht so recht angekurbelt. Fiskalpolitische Maßnahmen werden hierfür als geeigneter angesehen.

5. Konjunkturpakete

Konjunkturpakete an sich sind in der Krise sinnvoll. Über den Zeitpunkt, den Umfang und die Lenkungswirkung lässt sich streiten. Im Vergleich zu den Bankenrettungspaketen sind die Konjunkturpakete nur ein Bruchteil des BIPs. Außerdem wird betont, dass die Investitionen sinnvoll und nachhaltig getätigt werden müssen, also für Gesundheit, Bildung, ökologische Maßnahmen (Thermische Sanierung, Verkehrsberuhigung...).

6. Kommt der Staatsbankrott?

Von einem Staatsbankrott auf Grund der schlagartigen Mehrverschuldung ist nicht auszugehen. Das Problem ist jedoch, dass die Bonität der Staaten fällt, was die kommende Schuldenaufnahme teurer machen kann und somit die Möglichkeit eines Schuldenabbaus erschwert.

7. Rückzahlung der Rettungskosten

Da ein bestimmter Teil der Bevölkerung in den letzten Jahren extrem von dem System, das letztendlich zur Krise geführt, profitiert hat (weit geöffnete Eigentums- und Einkommensschere), sollten diese Profiteure auch für die Kosten aufkommen. Von einer Umverteilung zu Gunsten der reicheren Bevölkerung muss es zu einer Umverteilung zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung kommen. Dies soll sowohl auf weltweiter Ebene, auf EU-weiter Ebene als auch auf nationaler Ebene passieren. Mittel hierzu wären die viel diskutierte Finanztransaktionssteuer und eine Vermögenssteuer.

TEIL III – DIE FINANZMÄRKTE REGULIEREN

Die fehlende Regulierung der globalen Finanzmärkte wird als schwerster Fehler der Regierungen gesehen. Attac hat hierfür eine Liste von Regulierungsvorschlägen erstellt, die die globalen Finanzmärkte verbessern sollen.

1. Eine globale Dorf-Konferenz

Bei einer G20 Konferenz im November 2008 wurden Regulierungen angekündigt. Umgesetzt wurde jedoch nur sehr wenig bis gar nichts. Der liberale Geist lebt fort. Es wird auch gefordert aus den G20 müsse eine G192 (alle UN Mitglieder) werden, da vor allem arme Nationen am stärksten von der Krise betroffen sind.

2. Ein neues Bretton Woods

Alle Nationen müssen auf den internationalen Märkten gleichgestellt sein, keine Nation sollte den Vorteil besitzen, dass ihre Währung die weltweite Leitwährung ist. Stattdessen soll eine internationale Verrechnungseinheit („Bancor“, „Globo“, „Terra“), nach einer Idee von Keynes, eingeführt werden. Die einzelnen Länder hätten dann mehr Interesse an einer ausgeglichenen Handelsbilanz.

3. Globale Institutionen und Regeln

Globale Märkte ohne globale Institutionen haben wenig Sinn. Folgende Institutionen/Regeln sollten daher geschaffen werden:

Weltsteuerbehörde (Steuerwettbewerb zwischen Nationen verhindern, Steueroasen eliminieren)

Fixierung der Rohstoffpreise (extreme Rohstoffpreisschwankungen aufgrund von Spekulationen verhindern, Hedging für Rohstoffpreise würde hinfällig)

Weltfinanzmarktaufsicht (Zerschlagung aller „too big to fail“-Finanzinstitute, Aufnahme aller Geschäfte der Finanzinstitute in deren Bilanzen, vorsichtigere Bewertungs- und Bilanzierungsgesetze, Schaffung eines öffentlich zugänglichen globalen Kreditregisters)

Ökosoziales Basel III (bei Kreditvergabe nicht nur ökonomische Aspekte heranziehen)

Clearingstellen in öffentlicher Hand (öffentlich kontrollierte internationale Clearingstellen, Möglichkeit der Einhebung einer Transaktionssteuer über diese Stelle)

Regulierung von Fonds (Regulierung bzw. vollkommene Abschaffung von Fonds)

Zulassungsprüfung für Derivate (nachträgliche Prüfung von Derivaten, Prüfung von neuen Derivaten und Verbot des Börsenhandels bei zu erwartendem Gefahrenpotential)

Shareholder-Value brechen (Orientierung an langfristigem Unternehmenswohl anstatt an kurzfristigem Börsenkurs, Entkoppelung der Managergehälter von Aktienkurs, Aktionärsstimmrecht mit Mindesthaltedauer von Aktien koppeln, Stimmrecht für Mitarbeiter)

4. Regulierungen des EU-Binnenmarktes

Eine sofortige Umsetzung aller Maßnahmen auf globaler Ebene wird es nicht so schnell geben, weshalb die EU einmal beginnen sollte den eigenen Binnenmarkt zu regulieren. Das Steuergeld, das durch Steueroasen innerhalb der EU verloren geht fehlt bei wichtigen Investitionen. Auch die Vorbildwirkung der EU gilt als wichtig um globale Maßnahmen durchzusetzen

5. Keine Gewinnorientierung auf den Finanzmärkten

Finanzmärkte haben historisch gesehen am besten funktioniert, als sie aus nicht gewinnorientierten Unternehmen bestanden haben. Die Gewinnorientierung hat sich erst später entwickelt und war Teil der Krise. Dies sollte wieder rückgängig gemacht werden. Außerdem sollte das Geldschöpfungsrecht den Privatbanken entzogen und den Zentralbanken übertragen werden. Die damit verbundenen Gewinne würden dann dem Staat, also der Allgemeinheit, und nicht den Aktionären zukommen.

6. Was tun gegen zu viel Geld?

Eine Entmachtung des Geldes und eine Umverteilung sind notwendig. Es muss auch schwerer werden immer reicher zu werden (momentan ist es mit zunehmenden Vermögen immer leichter noch mehr Vermögen zu generieren).

7. Genügt die Regulierung der Finanzmärkte?

Wenn die Finanzmärkte „nur“ reguliert werden, aber die zentrale Tendenz des Kapitalismus hin zu Gewinnmaximierung bleibt wird diese Krise nicht die letzte gewesen sein. Es wird notwendig sein vom Gewinn wegzukommen und das Gemeinwohl und die Kooperation als oberste Ziele zu etablieren. Dieser Wertewandel in Richtung Nachhaltigkeit hätte auch positive Auswirkungen auf andere zentrale Probleme der Wirtschaft. Der momentane Konkurrenzkampf und der Drang stets zu wachsen um nicht übernommen zu werden würden entfallen. Unternehmen könnten eine optimale Größe annehmen und ohne Übernahmeängste wirtschaften. Auch für die Gesellschaft hätte dieses Umdenken einen großen Wert, da statt Gewinnsucht, Egoismus, Rücksichtslosigkeit und Geiz auf Empathie, Kooperation, Mitgefühl und andere wichtige soziale Kompetenzen gesetzt werden würde.

TEIL IV – WAS KANN ICH TUN? – 10 SCHRITTE AUS DER KRISE

1. Nein zur Ohnmacht! Ja zur Verantwortung!

Nachdem in den vorangegangenen Teilen des Buches Vorschläge für die Verbesserung des Status quo geliefert wurden, beschäftigt sich der letzte Teil des Buches mit den Möglichkeiten des persönlichen Handelns. Dem Gefühl der Ohnmacht, von dem viele Menschen betroffen sind, soll hier entgegengewirkt werden. Die Ohnmacht stellt den wichtigsten Verbündeten der Mächtigen dar und ist vor allem durch autoritäre Erziehung und ideologische Indoktrination bedingt. Um den Großteil

der Menschen von einer Unveränderbarkeit der bestehenden Verhältnisse zu überzeugen, wurden verschiedene Strategien entwickelt:

- Es wurde die Überzeugung verbreitet, dass Wirtschaft die Sache von ExpertInnen ist
- Markt und Globalisierung werden als Naturgesetze bezeichnet (Gegenwirkungen sind unmöglich)
- Sachzwänge wie der Standort- und der Wettbewerbsvorteil werden als tragende Argumente verwendet, ein Widerspruch gegen diese würde zur Flucht von Konzernen, Leistungsträgern und Kapital führen

Der erste Schritt ist somit, das Gefühl der Ohnmacht aufzukündigen und dadurch zu mündigen und selbstverantwortlichen BürgerInnen zu werden.

2. Kleine Schritte setzen – der persönliche Wirkungskreis

Der Weg zum Ziel sollte in kleine Schritte geteilt und der Weg als Ziel angesehen werden. Ziel soll es nicht sein andere zu überzeugen oder zu missionieren. Der Weg mit der eigenen Person zu beginnen und als attraktives Vorbild zu wirken kann im Lebensumfeld (Familie, Freunde, Bekannte usw.) vielfach mehr bewirken.

3. Alternative Informationen aneignen

In vielen Mainstream-Medien werden Interessen von vermeintlichen Minderheiten, die teilweise in der Bevölkerung die Mehrheit darstellen, ungenügend abgebildet. Die Interessen der Gewinner werden in den Vordergrund gerückt (wegen finanzieller Abhängigkeit der Medien). Mündige BürgerInnen haben somit die Verantwortung sich selbst mit ausreichender Information zu versorgen. Ein mögliches Ziel ist ein neues Mediengesetz (Lösung der finanziellen und politischen Abhängigkeit von Medien), ein anderer Weg ist es sich selbst mit alternativen Informationsquellen zu versorgen. Einige Beispiele:

- alternative Zeitungen abseits vom Mainstream
- qualitative Internetseiten (z.B. Websites sozialer Bewegungen, von NGOs usw.)
- themenspezifische Mailinglisten
- regelmäßige Teilnahme an öffentlichen Diskussionen

4. Konsumverhalten ändern

Das eigene Konsumverhalten nach bestimmten Kriterien zu gestalten (nah, biologisch, fleischarm, fair gehandelt, langlebig, energiesparend, ökologisch, reisen statt Billigurlaube, ethisch investieren, allgemein weniger Konsum) stellt eine wichtige Komponente der angestrebten Veränderung dar. Allerdings ist die Wirkung beschränkt. Der Gesetzgeber könnte deutlich stärker eingreifen und z.B. durch verpflichtende Informationen auf Produkten (hinsichtlich Umweltbelastung, Arbeitsbedingungen usw.) dazu beitragen ethische Kaufentscheidungen zu unterstützen oder überhaupt möglich zu machen. Weiters hätte der Gesetzgeber die Macht „unethische“ Produkte überhaupt vom Markt fern zu halten, wozu der Konsument nicht in der Lage ist. Werden ethische Produkte, z.B. wegen zu niedriger Absatzzahlen, aus dem Sortiment genommen hat der Konsument keine Alternative als den Rest zu konsumieren. Außerdem hat der Konsument keine Möglichkeit auf die Produktionsbedingungen in anderen Ländern einzuwirken, wozu der Staat (z.B. durch Beschränkung der Einfuhr von „unethischen“ Produkten) durchaus in der Lage wäre.

5. Organisieren

Als Einzelner hat man wenige Möglichkeiten große Veränderungen zu bewirken. Erst durch Zusammenschluss und Organisation vieler Menschen können oftmals Veränderungen herbeigeführt werden. Die Gründung bzw. der Anschluss zu bereits bestehenden Organisationen (wie z.B. Attac) ist somit ein Weg, bestehende Bedingungen in den öffentlichen Diskurs zu bringen, kritisch zu hinterfragen und langfristig zu verändern. Als Beispiel kann die Globalisierung angegeben werden. Vor einigen Jahren war der Begriff „Globalisierung“ größtenteils positiv geprägt, unter anderem durch den kritischen Diskurs hat sich dies geändert und die Gruppe der Globalisierungskritiker hat

sich deutlich vergrößert. Jeder fühlt sich einer gewissen sozialen Bewegung zugeneigt, Ziel der demokratischen Verantwortung der Gesellschaft soll es sein, dass jede/r BürgerIn zumindest bei solch einer Bewegung beteiligt ist und diese, wie auch immer, unterstützt.

6. Für mehr Demokratie streiten

Trotz bestehender demokratischer Strukturen (Parteien, Parlament, Bundespräsident usw.) ist das Gefühl der Demokratie in der Bevölkerung geschwunden. Der Wille der Mehrheit der Bevölkerung wird oftmals nicht durchgesetzt, da die Politik von den ökonomischen Eliten durchwachsen ist und deren Einfluss ausschlaggebend auf die Entscheidungen wirkt. Schuld sind nicht die Eliten, sondern die politisch wenig ambitionierte Mehrheitsbevölkerung. Wenn nicht eingelösten Wahlversprechen keine Konsequenzen der Bevölkerung folgen, wird die Freiheit der Demokratie zuwenig wahrgenommen. Durch Abgabe der Stimme wird nicht auch die Verantwortung abgegeben. Gehen die Repräsentanten mit der abgegebenen Stimme nicht verantwortungsvoll um, sind diese zur Rechenschaft zu ziehen. Um diese Rechenschaft möglich zu machen ist eine direkte Demokratie (Volksinitiativen, Abwahlrecht) notwendig, die in Österreich ungenügend ausgeprägt ist (kein Recht auf Gesetzesinitiativen). Ziel ist nicht die Abschaffung der repräsentativen Demokratie, allerdings muss der Souverän (das Volk) das letzte Wort bei politischen Entscheidungen haben. Weiters bedarf es einer Ergänzung um partizipative Elemente (z.B. Mitentscheidungsrecht beim Budget). Zur partizipativen Demokratie zählen auch demokratische Allmenden. Dies sind öffentliche Güter (z.B. Spitäler, Schulen, Universitäten, Museen, Bahn, Post usw.) die von den Eigentümern (den Bürgern) verwaltet werden sollten. Für diese Erweiterung der bestehenden Demokratie sind das Interesse und die Beteiligung der Bevölkerung notwendig, doch Demokratie funktioniert nur durch Teilnahme und Übernahme von Verantwortung.

7. Bausteine für eine neue Gesellschaft entwickeln

Ein radikaler Systemwechsel ist nicht umgehend möglich. Durch Engagement in kleinen Bewegungen und Organisationen ist eine Veränderung allerdings langfristig erreichbar. Beispiele dafür sind z.B. Bioläden, die Fair-Trade-Bewegung, Ethikbanken, Regionalwährungen, Ökostrom, alternative Schulen uvm. Durch das Zusammenwirken vieler kleiner Teile kann das große Ganze zu einer Veränderung geführt werden.

8. Gesamtgesellschaftliche Alternativen einfordern

Zahlreiche Menschen sind mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage unzufrieden, empfinden die herrschende Wirtschaftsform als verbesserungswürdig. Die große Herausforderung der Menschheit ist die Weiterentwicklung des herrschenden Systems hin zu einer Alternative, in der nicht mehr die Befriedigung materieller Bedürfnisse als zentrales Ziel angesehen wird. Einige mögliche Alternativen sind vorstellbar, die den Konsumenten das Recht der dezentralen demokratischen Mitbestimmung an Produktionsprozessen einräumen sollen. Der Konsument steht damit nicht mehr nur auf der Konsumenten- sondern auch auf der Produzentenseite und muss zwischen der Vielfalt des Warenkorbes auf der einen und angenehmen Arbeitsbedingungen auf der anderen Seite abwägen. Ziel ist das Nachdenken über die eigene Situation und eine angestrebte ideale Lebensweise. Findet man sich mit der aktuellen nicht zufrieden stellenden Situation ab, stellt dies einen Verzicht jeglicher Weiterentwicklung dar. Im Rahmen des lebenslangen Lernens sollten nicht nur die persönlichen Fähigkeiten erweitert sondern auch über die Verbesserung des Zusammenlebens und des ökonomischen Modells nachgedacht werden.

9. Abschied vom Profitstreben

Ein Großteil der menschlichen Bedürfnisse kann ohne Geld, Tauch oder Gewinn befriedigt werden. Ein Lossagen vom Gewinnstreben, Wachstumszwang und Gier sollte somit logische Konsequenz sein. Zahlreiche geldfreie Leistungen (z.B. Muttermilch, Beziehungsarbeit mit Kindern, Kranken, alten Menschen, Anbau von Gemüse/Obst im eigenen Garten, Schenken, Spielen, Tanzen, Massieren, Gespräche führen, ehrenamtliches Engagement) haben einen hohen persönlichen Stellenwert in der Bevölkerung. Mit der Argumentation, dass hohe Leistung zu hohem Einkommen führt, müsste es

umgekehrt bedeuten, dass Leistungen ohne Einkommen keiner Leistung entsprechen, was als widerlegt angesehen werden kann. Meistens sind dazu Empfänger hoher Einkommen genauso von unentgeltlichen Leistungen massiv abhängig (Krankenversorgung, ehrenamtliche Rettungsdienste, Blutkonserven usw.). Der Erfolg nicht gewinnorientierter Organisationen (Tauschkreise, Fair-Trade, Open-Source-Software, Wikipedia) zeigt, dass Erfolg auch ohne Gewinnmotiv möglich ist. Allein in Deutschland arbeiten 1,9 Millionen Menschen im Non-Profit-Sektor, in Österreich waren es 2005 etwa 170.000 Beschäftigte. Als Ursache der aktuellen Krise wird oftmals die „Gier“ genannt, doch die Rahmenbedingungen im System erziehen das Individuum zur Gier, Ichsucht und Konkurrenz, da die Anreize sich in diese Richtung zu entwickeln stärker ausgeprägt sind, als die in Richtung Großzügigkeit, Verantwortung und Kooperation.

10. Kooperation statt Konkurrenz

Der aktuelle Zustand der Welt ist durch verschiedene Bedingungen charakterisiert, die den Übergang zu einer neuen Ordnung begünstigen. Die Wissenschaft ist hoch entwickelt, die Technik an einem hohen Stand angelangt, es herrscht großer ökonomischer Reichtum und trotzdem stehen wir einer Vielzahl verschiedener Krisen gegenüber (Lebensmittel, Energie, Finanz, Wirtschaft, Verteilung, Demokratie, Umwelt). Die Ausrichtung an Konkurrenz kann als mögliche Ursache dieser Missstände angesehen werden. Die Überzeugung, dass Konkurrenz zielführend ist, wurde durch folgende Mythen unterstützt, in der Gesellschaft verankert und akzeptiert, wobei es in jedem Bereich tragende Beweise dafür gibt, dass kooperierendes Verhalten ebenso möglich und vielfach besser geeignet ist:

Mythos 1: Der Mensch neigt von Natur aus zur Konkurrenz

Ob sich ein Mensch zu Kooperation oder Konkurrenz entscheidet hängt stark von der kulturellen Prägung ab und kulturelle Prägung kann umgelernt werden. Freiwillige Arbeit ist nicht wider der menschlichen Natur.

Mythos 2: Konkurrenz führt zu hoher Leistung

Neun von zehn Studien belegen, dass Kooperation durch positive emotionale Erfahrungen und intrinsischer Motivation zu höherer Leistung führt. Konkurrenz dagegen bedient sich den Motivationsfaktoren Angst, Druck und Stress (somit extrinsischer Motivatoren) was zu negativen Gefühlen führt.

Mythos 3: Konkurrenz macht Spaß

In diesem Bereich wird oftmals die Parallele zum Sport gezogen. Ist Konkurrenz allerdings zentral, spielt nicht mehr der Prozess eine Rolle, sondern das Ergebnis (der Sieg). Da es allerdings immer nur einen Gewinner und viele Verlierer gibt, wird nur ein Teilnehmer beglückt, wobei alle anderen keine Bewunderung erfahren.

Mythos 4: Konkurrenz wirkt charakterbildend

Studien haben ergeben, dass erfolgreiche SportlerInnen wenig an der Unterstützung durch andere interessiert sind, sich wenig um Andere sorgen und nur schwache Teamfähigkeiten haben. Freundlichkeit, Uneigennützigkeit und Sympathie zählen ebenso wenig zu den Charakterzügen erfolgreicher SportlerInnen. Kurz zusammengefasst von der Psychologin Karen Horney: „Wettbewerbsorientierung führt zu Neid gegenüber den Stärkeren, zu Verachtung gegenüber den Schwächeren und zu generellem Misstrauen gegenüber allen.“

Mythos 5: Konkurrenz stärkt das Selbstwertgefühl

Eher gegenteiliges ist festzustellen. Personen mit ausgeprägtem Selbstwertgefühl neigen eher dazu, kein Bedürfnis an Konkurrenz zu haben. Personen mit ausgeprägter Wettbewerbsorientierung neigen dagegen eher dazu ein schwach ausgeprägtes Selbstwertgefühl zu haben.

Fazit: Wettbewerb und Konkurrenz stellen mehr Gefahr als Mittel zum Zweck dar und sollten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur verbannt werden. Kooperation dagegen, die gegenteilig zu solidarischem Verhalten, Zuneigung, Vertrauen, Hilfsbereitschaft und Sicherheit führt, sollte an deren Stelle rücken. Charakterisiert durch mehr Spaß und weniger Stress sollte Kooperation zum neuen Prinzip des Zusammenlebens werden.